



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917**

603 (27.12.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-176194](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-176194)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Verantwortlich für den allgemeinen und Handels-Teil: Chefredakteur Dr. Fritz Heilmann; für den Regional-Teil: Anton Gröber. Druck: Druckerei Dr. Hans Mannheimer & Co. in Mannheim. Anzeiger-Preis: 10 Pf. in Mannheim, 12 Pf. in den übrigen Orten. Postgebühren: 10 Pf. in Mannheim, 12 Pf. in den übrigen Orten. Einzel-Preis: 10 Pf. in Mannheim, 12 Pf. in den übrigen Orten.

Anzeigerpreis: Die 10. Spalte kostet 20 Pf. pro Zeile, 40 Pf. pro Spalte. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Druckpreis in Mannheim u. Umgebung: 12 Pf. in den übrigen Orten: 14 Pf. in den übrigen Orten. Postgebühren: 10 Pf. in Mannheim, 12 Pf. in den übrigen Orten. Einzel-Preis: 10 Pf. in Mannheim, 12 Pf. in den übrigen Orten.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

### Ein Friedensangebot des Vierbundes und Rußlands.

#### Nachmaliger Versuch eines allgemeinen Verständigungs-friedens.

Am Jahreschluß beginnen wir einer sehr eigenartigen Lage gegenüberzustehen. Sie läßt sich kurz dahin kennzeichnen: Die Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland verlassen für eine Weile die Bahn von Sonderabmachungen und Sonderfrieden, um einem nochmaligen Versuche Platz zu machen, die westlichen Feinde zu einem allgemeinen Frieden zu bewegen. Die Russen haben in Brest-Litowsk bestimmte Vorschläge für einen allgemeinen demokratischen Frieden gemacht. Die Vertreter des Vierbundes — Graf Czernin war der Wortführer — haben diese Vorschläge sehr freundlich aufgenommen, wenn auch mit gewissen Vorbehalten; die Donaumonarchie lehnt das Selbstbestimmungsrecht der Völker für ihren staatlichen Herrschaftsbereich ab (siehe die Antwort zu Punkt 3 der russischen Vorschläge), Deutschland will das Selbstbestimmungsrecht der Völker von seinen Kolonien ferngehalten wissen; die Engländer hatten bekanntlich gehofft, wenn nicht anders, dann auf dem Wege der Abstimmung der Eingeborenen sich unserer Kolonien bemächtigen zu können, einer Abstimmung, die sie natürlich in den seit längerer Zeit besetzten Gebieten gelenkt hätten. Im übrigen aber nehmen die siegreichen Vierbündnisse die Friedensgrundlagen der russischen Demokratie an, die ja nicht nur aus sozialistischen und pazifistischen Theorien entstanden sind, sondern auch aus der Lage des mittelmäßig zusammengebrochenen, wirtschaftlich und finanziell erschöpften Reiches, das ja wohl allen Anlaß hat, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwädigungen zu schwärmen und gegen die absolute politische Selbständigkeit Belgiens, Serbiens, Rumaniens usw. schwerlich Einwände des eigenen Interesses zu erheben haben wird.

Aus dem Entlang der Russen und der Diplomaten der Mittelmächte ist nun ein neues Friedensangebot erwachsen, Rußland und die Mittelmächte wenden sich gemeinsam an die Engländer, Franzosen, Amerikaner usw., während im Dezember 1916 nur die Mittelmächte mit dem Angebot hervortraten, dessen traurige Schicksale ja allbekannt sind. Sie wenden sich aber nicht an die Regierungen, sondern an die Völker der kriegsführenden Mächte. Diese erhalten eine Frist bis zum 4. Januar 1918, zu den Vorschlägen des demokratischen Friedens Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme kann naturgemäß nur darin bestehen, daß sie wie ihre Regierungen die Vorschläge entweder ablehnen oder sie annehmen und ihre Regierungen zur Annahme zwingen oder einen Regierungswechsel erzwingen, durch den die Annahme der Vorschläge gesichert wird.

Die diplomatische Berechnung, die dem Vorschlag zu Grunde liegt, ist klar. Es wird erwartet, daß die neuen Vorschläge die heimliche Revolte gegen den Krieg in Italien, Frankreich usw. zum offenen Ausbruch bringen werden. Würde das gelingen, so würde also ein allgemeiner Friedenskonferenz zustammentreten, auf dem der Vierbund in der Minderheit sein würde und auf dem entsprechend diesem Verhältnis das Schicksal Belgiens, Serbiens, Rumaniens, Salonikis, Palästinas, Mesopotamiens usw. bestimmt werden würde.

Wenn bis zum 4. Januar die Völker Italiens, Englands und Frankreichs sich nicht zum Beitritt zu den Vorschlägen von Brest-Litowsk entschließen haben, werden die Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland allein weitergeführt. Aber die russischen Vorschläge sollen nach Auffassung der Vertreter des Vierbundes nur Grundlage des allgemeinen Friedens sein, nur dann zugrunde gelegt werden, wenn sämtlich die kriegsführenden Mächte ihr rück- und vorbehaltsloses Einverständnis innerhalb bestimmter Frist erklären. Nur unter der Bedingung wollen die Mittelmächte auf den Boden der russischen Vorschläge treten. Aber sich nicht einseitig auf sie festlegen oder festlegen lassen, während etwa England sie ablehnt oder sich hinterhältigen offen hält.

Es ist ganz klar, daß der ganze Versuch äußerst problematisch erscheint. Da schwerlich anzunehmen ist, daß bis zum 4. Januar ein Umschwung in dem erforderlichen Maße in den feindlichen Ländern eintritt, so werden wir es mit einer Episode zu tun haben, deren ganzer Nutzen wahrscheinlich darin bestehen wird, daß die Russen einsehen, daß der allgemeine demokratische Frieden nun einmal nicht zu haben ist, und daß sie am besten tun, sich nach dem erneuten Fehlschlag ihrer Lieblingsidee auf den Boden der nüchternen Wirklichkeit zurückzugeben und Sonderfrieden mit den Mittelmächten zu machen. Vielleicht war für die russische Demokratie dieser experimentelle Beweis nötig und ist das der letzte Zweck und Ursprung des neuen Anerbietens.

Sobald dann dieser Beweis erbracht ist, werden die Vertreter der russischen Demokratie wohl auch begreifen, daß nach Westen hin keine andere Lösung der Friedensfrage möglich ist als die, die der Völker in seiner Ansprache an die zweite Armee gegen hat, daß wir nämlich mit unserem Schwert die Pforten einschlagen bei denen, die den Frieden nicht wollen und dadurch der Welt den Frieden geben.

#### Vorträge beim Kaiser.

Berlin, 26. Dez. (WZB. Amtlich.) Der Kaiser hielt heute Vormittag den Generalstabsvortrag und anschließend den Vortrag des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Seeman.

#### Ein Appell an die Völker der kriegsführenden Mächte.

Brest-Litowsk, 25. Dez. (WZB. Nichtamtlich.) In der Sitzung vom 22. d. M. hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf diese Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß sie die Fortsetzung des Krieges bloß zu dem Zwecke, um Annexionen zu erreichen, für ein Verbrechen halte und daß sie daher feierlich ihren Entschluß kundgibt, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der aufgeführten ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende.

#### Die russischen Vorschläge eines allgemeinen Friedens.

Von diesen Grundföhen ausgehend hatte die russische Delegation vorgeschlagen, den Friedensverhandlungen folgende sechs Punkte zugrunde zu legen:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird im vollen Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wieder hergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat, oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes, einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge, gewährleistet ist.
4. In Bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dieses praktisch durchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegsführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegsschäden“ zu zahlen, bereits erhaltene Kontributionen sind zurückzugeben. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen in Folge des Krieges anbelangt, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die Kriegsführenden proportional beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1 bis 4 bezeichneten Grundföhe entschieden.

In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation den vertragsschließenden Parteien vor, jede Art verletzlicher Verletzung der Freiheit schwacher Nationen durch Stärke als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufzugesungener Handelsverträge, durch Sonder-Vollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt usw.

#### Die Antwort des Vierbundes.

In der heute unter dem Vorsitz des bevollmächtigten Vertreters Oesterreich-Ungarns, Grafen Czernin, abgehaltenen Plenarsitzung gab dieser namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab, mit welcher die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurde:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten Friedens zu erreichen.“

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Völkische des russischen Vorschlages eine distinkte Grundföhe für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem

#### sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsschädigungen einverstanden.

Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt im Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zu genauesten, alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollen. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür

zu haben, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rüchaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen. Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten das Nachstehende zu bemerken:

- Zu 1. Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Wünschen der verbündeten Regierungen. Ueber die Truppen in den zur Zeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.
- Zu 2. Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Krieg ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.
- Zu 3. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbündnisse nicht zwischenstaatlich geregelt werden, sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigen Wege zu lösen.
- Zu 4. Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundföhe, soweit er praktisch durchführbar scheint, überall Geltung.
- Zu 5. Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegsführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiete durch ökonomisch-wirtschaftliche Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein: Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegsführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.
- Zu 6. Von den verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen, folgenden erklärt: Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten. Nach der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Form z. Zt. nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussicht eines Kampfes gegen den um das Vieles überlegenen, aber unbesiegbaren überseeischen Nachbarn verjüngten Gegner in Not und Tod treu zu ihrem deutschen Freunde gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willensentziehung durch Abstimmung weit übersteigt.

Die von der russischen Delegation im Anschluß an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundföhe für den wirtschaftlichen Verleche finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftslebens eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Abmahnung von den Ausbaufreundschafflicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegsführenden Mächten erblickten.

#### Antknüpfend an diese Erklärungen führte hierauf Graf Czernin aus:

„Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten, um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.“

#### Zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen — Appell an die feindlichen Völker.

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatierte mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkannte die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, mußte jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte.

#### Die russische Delegation konstatierte weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Vierbündnisse zu Punkt 5



enthaltene Anerkennung des Prinzips ohne Kontributionen. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entschädigung für die Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalte. Ferner erklärte die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegsoperationen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Rückführung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundsätzen entspricht. Sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerungen auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorzubehalten.

Wichtigend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Verbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegführenden Staaten zu schreiten.

Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vor, beginnend heute abend und endigend am 4. Januar 1918, damit die Mächte, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende Graf Czernin ersuchte hierauf die russische Delegation, ihre Antwort schriftlich zu überreichen und schlug vor, sofort in die Verhandlung jener speziellen Punkte einzutreten, welche für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müssen.

Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlage des Vorsitzenden an und sprach seine Bereitwilligkeit aus, sogleich in die Besprechung jener Einzelheiten einzutreten, die auch für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten.

Auf Antrag des Staatssekretärs v. Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeidung jeglichen Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe diese Verhandlungen schon morgen vormittag zu beginnen.

**Berliner Preßstimmen.**

Berlin, 27. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der Austausch der Friedensentwürfe in Brast Litawsk wird heute früh nur erst von einem Teil der Berliner Wäiter besprochen. Die konservative Presse hält sich einstweilen noch zurück. Dafür bejubelt der „Bismarck“ die Entschiedenheit, mit der die russischen Vertreter ihre Interessen wahrgenommen hätten. „Das ist sicher nicht die Sprache des Zusammengebrochenen, der Frieden um jeden Preis sucht“, ruft er voll Entzücken. Dann meint er weiter: „Es ist schon ein Gebot einfacher politischer Vernunft für die deutsche Regierung, daß sie gar nicht erst den Versuch macht, nach alldemselben Rezept „dem Weltsieg“ den Fuß auf den Raden zu setzen, wobei sich sofort zeigen würde, daß der Weltsieg keineswegs so leicht ist, um das einfach hinzunehmen zu müssen.“ Man darf schon ruhig sagen: Besser läßt sich die Sache der russischen Unterhändler nicht unterstehen, als das hier von dem Zentralorgan der Sozialdemokratie geschieht.

Anders sieht die „Lügliche Rundschau“ die Dinge. „Völligen Pessimismus schreibt sie: „Wir haben uns getäuscht, als wir annahmen, daß ein neues Friedensangebot an die Entente vorläufig nicht mehr zu erwarten sei. Es ist erfolgt und zwar auf der Grundlage des Scheidemanns-Friedens. Was Deutschland, Oesterreich und Ungarn, Bulgarien und die Türkei an Friedensverpflichtungen unterdrückt, ist, wie der Führer der russischen Delegierten mit Bemerkung feststellt, „der allgemeine demokratische Friede.“ Er hätte hinzusetzen können, mit bolschewistischer Anleitung.“

Der „Deutsche Kurier“ glaubt einstweilen folgendes anzunehmen zu müssen: „Wir, wir Deutschen sind die Sieger, sind es wie 1870 gegen die Franzosen. Wer aber sprach damals von französischen Rückschritten? Wir glauben, ein Bismarck hätte den Franzosen das Versprechen von Rückschritten schnell vertrieben, hätte sie bald befehligt, wer Rückschritte aufzustellen hat. Doch das war ja auch der Kaiser von Ost und West.“

Das „Berliner Tageblatt“ freut sich über den Durchbruch der neuen öffentlichen Diplomatie, den die jetzigen Verhandlungen zeigen und die „Bosnische Zeitung“ fordert, wie immer der Appell an die Entente wirken möge, daß das Verhältnis zwischen uns und Rußland und seine weitere Entwicklung von den Entschlüssen dritter Mächte nicht mehr abhängig gemacht werden dürfe.

**Beratungen über Wiederherstellung des Verkehrs.**

Brast-Litawsk, 26. Dez. (WLB. Nichtamtlich.) Entsprechend der gestern getroffenen Vereinbarung fanden heute zwischen Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits und Rußlands andererseits Beratungen statt, die im wesentlichen die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den genannten Mächten betrafen. Die Beratungen werden fortgesetzt.

**Der Austausch der Zivilgefangenen.**

Berlin, 26. Dez. (WLB. Nichtamtlich.) Heute Abend begibt sich unter der Leitung des Gesandten Grafen Mirbach die im Auftrag zum deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 13. Dezember vorgesehene Kommission nach Peterburg, die die Regelung des Austauschs der Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen in Angriff nehmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen treffen soll. Der Kommission gehören an: Geheimrat Eckardt und Generalkonsul Biermann vom Auswärtigen Amt, vier Herren des Kriegsministeriums unter Leitung des Obersten von Franzky und vier, Major von Belsen von der Obersten Heeresleitung mit zwei Begleitern, Geheimrat Schenk vom Reichspostamt und Herr Landshoff vom Roten Kreuz. Die Abordnung ist von Hilfspersonal begleitet.

**Eine Unterredung mit Helfferich über die Friedensfrage.**

Wien, 26. Dez. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, hatte der Berliner Vertreter des Blattes mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich eine Unterredung, in der dieser sich über die ihm übertragenen Aufgaben, die mit den Friedensverhandlungen in Zusammenhang stehenden Fragen zusammenzufassen, äußerte: Auf die Frage nach den

Richtlinien, nach denen er sich bei dieser Arbeit leiten lasse, antwortete er u. a.:

Die Richtlinien sind gegeben in der Gesamtorientierung unserer Politik. Unsere und anderer verbündeter Stellung in der Welt muß wiederhergestellt, befestigt und gegen einen neuen Leberfall von Hochbegier und Verblendung nach jeder Möglichkeit gesichert werden. Auch müssen wir auf dem Boden der wirtschaftlichen Arbeit und der Wirtschaftspolitik mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten.

Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie sagte Dr. Helfferich: Ich bin der festen Überzeugung, daß bei aller Wahrung der Besonderheiten der wirtschaftlichen Interessen eines jeden Teiles ein Zusammenfluß zustandekommen wird, wie er unserer Waffenüberlegenheit, der geschichtlichen Zusammengehörigkeit unserer Völker und den Möglichkeiten gegenseitiger Ergänzung entspricht.

Auf die Frage nach der Wiedererlangung der Beziehungen zu dem neutralen und feindlichen Ausland antwortete der Staatssekretär u. a.: Wir müssen in gemeinsamer Arbeit versuchen, sobald wie möglich die freie, durch keine staatlichen Zwangsmassnahmen und keinen Wälfersbhang von wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit in der ganzen Welt wieder herzustellen. Eine gewisse Uebergangszeit wird erforderlich sein. Im Innern heißt es die zwangsläufige Kriegswirtschaft schrittweise abzubauen; nach Außen gilt es, die zu dem Wäferbild, in dem die alten Wirtschaftsverträge wieder auf in Kraft gesetzt werden können, die notwendigen Vereinbarungen für die Wiederherstellung des Warenverkehrs zu treffen. Aber bei aller Notwendigkeit von Uebergangsvereinbarungen wird es sofort heißen: Kaufleute an die Front und von vornherein wird für bestimmte, nicht allzusehr hinausgerückte Termine die volle Bewegungsfreiheit in der Weltwirtschaft zu sichern sein. Einen Wirtschaftskrieg nach dem Krieg darf und wird es nicht geben. Ich schreibe aus dem Anschauen des Gerades vom Wirtschaftskrieg bei unseren Feinden auf eine entsprechende Abnahme der Zuversicht auf die harten Waffen des Kriegsgottes. Je günstiger für uns die Kriegslage wird, desto mehr möchte man uns mit der Wirtschaftspolitik beschäftigen. Verlorenes Wiedererlangen! Wir denken nicht daran, uns irre machen und überdauern zu lassen. Wir müssen aus dem Krieg und den Verhandlungen in einer wirtschaftlichen Nachbesserung hervorgehen, die in sich eine ausreichende Sicherheit gegen Wirtschaftskriegs-Gefährde der anderen bietet.

Ueber die Aussichten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in dem künftigen friedlichen Weltverkehr meinte Dr. Helfferich: Am Krieges haben wir in wichtigen Zweigen der Kultur-erzeugung geradezu epochale Fortschritte erzielt, die unsere nationalwirtschaftliche Unabhängigkeit und damit unsere Reichstellung im internationalen Weltverkehr in einer im Frieden unangehalten Weise stärken. Es ist die Arbeit, die geistige und körperliche Arbeit, die uns in der Vergangenheit groß gemacht hat und die uns in Zukunft weiterheben wird. Der Uebermuth, die uns im schwersten Krieg der Welt nicht brechen und nicht biegen konnte, führen wir uns auch in der kommenden Friedensarbeit gemessen, und dieses seltsame Gefühl erhält seine Befestigung und Weisheit in der Zuversicht darauf, daß die in Kampf und Not erworbene Gemeinschaft mit unseren Verbündeten den Krieg überdauern und sich in den Werken des Friedens neu bewähren wird.

Wien, 26. Dez. (WLB. Nichtamtlich.) In der ausgedehnten bereits mitgetheilten Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ führte Staatsminister a. D. Helfferich über die Frage des „Wirtschaftskrieges nach dem Krieg“ weiter aus:

Je geringer die Aussicht wurde, uns trotz der Uebermacht an „men monch and munition“ militärisch zu übermächtigen, desto mehr bedarf die Entente des Zwistes durch Anrufung ihrer angeblichen wirtschaftlichen Ueberlegenheit. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Denken Sie sich zwei harte Raden, die aneinander gerieben sind und sich mit ihren Schwielen wüthliche Schläge austheilen. Dem einen der anlangenden, daß läuft das Blut schon über die Augen. Er beginnt sich schwinden in den Krühen zu rufen. Er hält es für gerathen, den Kampf abzugeben, nur möchte er keinen Gegner beim Austausch des Friedensfußes eine feine Schärpe um den Hals legen! Wir müssen noch dummer sein, als uns die Feinde offenbar halten, wenn wir uns geblüht und blind die feine Schärpe des Wirtschaftskrieges beim Friedensfuß um den Hals legen lassen wollten. Je mehr die Feinde sich jetzt schon auf die feine Schärpe zugute tun, desto unerschütterlicher müssen wir ihnen mit dem Schwerte auch die feine Schärpe entwinden. Wir haben entweder Krieg oder Frieden. Aber wir werden nicht zulassen, daß unsere Feinde unter dem Schein des Friedensfußes den für sie unangenehm gewordenen Kampf mit einem glücklicheren vertauschen. Wir sind es unseren Kämpfern drüben und der Zukunft unserer Väter schuldig, ganze Arbeit zu machen, und wir werden ganze Arbeit machen.

Auf die Frage, wie er die Aussichten für einen künftigen friedlichen Weltverkehr beurteile, antwortete der Staatsminister mit der Gegenfrage: Glauben Sie, daß unser Volk im Krieges wirtschaftliche Energien verloren hat, die uns vor dem Krieges fast in 60 Freiheitsjahren aufwärts gefüllt haben, wie kein anderes Volk der Erde? Ich glaube, der Krieg hat unsere Energien gehärtet. Wir werden als „Wirtschafts-Krieges“, um sie wieder einzubringen und nachzugehen.“ Deutschland, das die Wärgeln seiner Kraft in der Arbeit habe, stelle er England, den besten Kämpfer nach dem Wirtschaftskrieg gegenüber. Was hält das deutsche Volk zusammen? Geduld, Hölle und Freigiebigkeit, sagte ich schon im Dezember 1916 einmal im Reichstag. Wir Deutschen können es vertragen, Armer zu werden, wir leiden doch, was wir sind. Ein verzerrtes England oder heißt Bismarck Britannia. Das halte ich auch heute noch aufrecht. Die enormen finanziellen Opfer des Krieges treffen auch uns selber, aber sie treffen das deutsche Volk am Lebensnerv. Und die Schiffe! Vor dem Krieges hat Großbritannien unter seiner Flagge nahezu die Hälfte der Welttonnage vereinigt. Unsere U-Boote und die Schiffbauern der Amerikaner und Japaner sorgen geüblich für eine Aenderung in dieser wichtigen Voraussetzung der britischen Weltbeherrschung. Schließlich das Vrechtige! England hat seit Jahrhunderten jeden Krieg gewonnen. Das gab ihm den Ruf der über-allein Zweifel erhabenen Ueberlegenheit, einer Zusammenhalt mit seinen überseeischen Gliedern und eine Anziehungskraft für die Neutralen. Aus diesem Krieges wird England nicht als Sieger hervorgehen. Das rührt an den dreien Lebensnerven. Mein geschloßlich war: England's Bestiege verkerret in dem Vertrauen auf seine unbedingte Ueberlegenheit in allen Dingen, die auf Treue und Glauben beruhen. Hier hat England selbst die List an die Wärgeln seiner Kraft gelegt. Nach all dem schamlosen Verleugern privater Rechte und privaten Eigentums, nach all den Verschlagnahmen, Konfiskationen, Liquidationen und Verschlagwendungen, wo ist da das Wort „Sicher, wie in der Hand Englands?“ Wer wird künftige England seine Waren, seine Wertpapiere, sein Geld noch anvertrauen wollen? Helfferich sieht Englands Weltvermittlung im Wärgen und Geldverkehr ernstlich erschüttert. England werde nach dem Krieges alle Wärgen haben, den breiten Strom des Weltverkehrs, den es in unangenehmer Verleugung von sich abgedrängt hat, langsam wieder an sich heranzugleichen. Die kriegerische Gedärde werde ihm dabei nicht helfen. England habe alle Ursache, zu einem friedlichen und bescheidenen Staat zu werden, um das gründlich verheerete Vertrauen der Weltwirtschaft und der anderen Völker wiederzugewinnen. Helfferich schloß mit Worten unerschütterlicher Zuversicht auf die wirtschaftliche Zukunft der Deutschen und seine Verbündeten in freier Arbeitsgemeinschaft sich schließen werden im kommenden Frieden.

**Eine Ansprache des Papstes.**

Rom, 26. Dez. (WLB. Nichtamtlich.) Predigt der Agenzia Stefani. In einer Ansprache sagte der Papst u. a.: Wir werden uns nicht von dem Wälfersbhang in den heiligen Spuren Christi wandeln. Der Jahrhunderte alte Wärgen unserer Wärgen ist erfüllt worden, das heilige verheißene Land, an dem das Blut vergossen wurde durch das wir erfüllt werden sind, ist von neuem dem christlichen Gläubigen

wiehergegeben. Ganz Jerusalem richtet an Gott einen Hymnus der Dankbarkeit und Liebe. Die jüngsten Ereignisse, die sich bei der Stadt Jerusalem zugetragen haben, haben die Völker zur Rückkehr zu Gott ein, denn zu Jerusalem war es, wo derjenige gesendet wurde, der sich dahingab, nicht im Namen der Armen, sondern im Namen des Herrn. Der Papst richtete hierauf an die Karbinäle die aufrichtigsten Glückwünsche und gab ihnen den apostolischen Segen.

**Der Fall Caillaux.**

Berlin, 27. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Paris wird gemeldet: Die Zeichen mehren sich, daß der politische Wärgen gegen Caillaux gerade dazu führen wird, Caillaux wieder an die Oberstele der französischen Politik zu treiben. Der Vorkausausfluß der radikal-sozialistischen Partei hielt am vergangenen Sonntag eine Plenarsitzung ab, die sich ausschließlich mit der Caillaux-Frage beschäftigte und zu einer klaren Vertrauensstimmung für Caillaux wurde. Caillaux und Malon waren persönlich erschienen. Die Sitzung schloß mit der Annahme einer Entschloßung, welche zur Verteidigung gegen den Verleumdungs-selbstzug der Reaktionen gegen den Vertrauensstimmungswärgen zum endgültigen Bruch der nationalen Einheit und zur Spaltung Frankreichs führen könnte.

**Der englische Fliegerangriff auf Mannheim.**

Karlsruhe, 25. Dez. (WLB.) Englische Flieger bewarnten am gestrigen Weihnachtsabend die offene Stadt Mannheim mit Bomben. 2 Personen wurden getödtet und 10 bis 12 verletzt, darunter keine Militärpersonen, dagegen französische Kriegsgefangene. Ein Flugzeug wurde in der Höhe zum Niedersteigen gezwungen, die Insassen wurden gefangen genommen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hat den hinterbliebenen der beim Fliegerangriff Getödteten sowie den schwerer Verletzten höchsten herzliche Teilnahme durch den Großherzoglichen Herrn Amtsanwalt übermittelt lassen. Seine Eggeleit der Herr Staatsminister und Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman ließ ebenfalls seine wärmste Teilnahme aussprechen.

**Deutscher Abendbericht.**

Berlin, 26. Dez., abends. (WLB. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

**Die deutschen Tagesberichte.**

Großes Hauptquartier, 25. Dezember. (WLB. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, am La Basseraf und südwestlich von Cambrai lebte die Gefechtsfähigkeit vorübergehend auf. Zu beiden Seiten der Maas, am Hartmannsweilerkopf und im Thanner Tal war das Feuer zu einzelnen Tagesstunden gesteigert.

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

Nichts Neues.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Lebhafter Feuerkampf hielt tagsüber zwischen Astago und der Brenta an. Feindliche Gegenangriffe gegen die neugewonnenen Stellungen und ein Vorstoß am Mt. Persica wurden abgewiesen.

Die Gefangenenzahl aus den Kämpfen um den Col del Rosso ist auf über 9000, darunter 270 Offiziere, gestiegen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 26. Dez. (WLB. Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Die Artilleriefähigkeit blieb auf Störungsfeuer beschränkt, das seldstlich von Ypern, bei Moeuvres und Marcoing vorübergehend an Stärke zunahm.

Erkundungsvorstöße französischer Wärgungen seldstlich von Juivacourt scheiterten in unserem Feuer und im Nahkampf. Das seit einigen Tagen auf dem Ostufer der Maas gesteigerte Feuer ließ gestern nach.

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

Nichts Neues.

**Mazedonische Front.**

Keine größeren Kampfhandlungen.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Nach starker Artilleriewirkung führte der Feind heftige Gegenangriffe gegen den Col del Rosso und die westlich und östlich benachbarten Höhen. Sie scheiterten unter schweren Verlusten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

**Neue Opfer unserer U-Boote.**

Berlin, 26. Dez. (WLB. Amtlich.) Im Mittelmeer sind wieder zahlreiche Dampfer und Segler den Angriffen unserer U-Boote zum Opfer gefallen. Der Gesamtinhalt der versenkten Schiffe beträgt mindestens

36000 Bruttoregister-tonnen.

Unter ihnen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Berwick Law“ (4600 T.), ein aus starker Sicherung herausgeschossener großer Landdampfer sowie ein bewaffneter gleichlicher Dampfer. Einer der versenkten Segler hatte 700 Tonnen Phosphat für Italien als Ladung. Der Chef des Admirals der Marine.

**Der türkische Tagesbericht.**

Konstantinopel, 26. Dez. (WLB. Nichtamtlich.) Amtlicher Heresbericht vom 25. Dezember.

Palästinafront. Von See her feuerte der Gegner lebhaft, aber ergebnislos, gegen unsere rechte Fliegergruppe. Am Vormittag des 23. Dezember schloß der Feind schwächer, am Nachmittag stärkere Kräfte gegen unsere Stellungen östlich Nebata an. Alle Angriffe scheiterten an der Tapferkeit unserer Truppen, die den Gegner im Handgranatenkampf und durch Gegenstoß abtrieben. Wie konnten einige Gefangene einbringen. Schwere Regen hält an der ganzen Front an.

An den anderen Fronten keine Ereignisse.















